

01.03.01**Vorschlag**
des Ständigen Beirateszu **Punkt 38** der 760. Sitzung des Bundesrates am 9. März 2001

Entwurf eines Gesetzes über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern sowie für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen (Maßstäbengesetz - MaßstG -)

Der **Ständige Beirat** schlägt vor, dass der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf unter Berufung auf Artikel 76 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes eine Verlängerung der Frist zur Stellungnahme verlangt.

Begründung:

Die Beratung dieser sehr komplexen Gesetzesmaterie bedarf intensiver Prüfungen und kann nicht innerhalb der üblichen Beratungsfrist des Bundesrates in dem erforderlichen Umfang durchgeführt werden.

Ausgeliefert am**01. MRZ. 2001**